



> [Landrat / Parlament](#) || [Geschäfte des Landrats](#)

**Titel:** **Motion der Fraktion der BDP: Das erfolgreiche duale Bildungssystem der Schweiz muss erhalten bleiben**

**Autor/in:** [Marc Bürgi](#)

**Mitunterzeichnet von:** Marie-Therese Müller, Hanspeter Kumli; Fritz, Furer, Geiser, Herwig, Müller Peter H., Nigg, Schafroth und Tüscher

**Eingereicht am:** 1. November 2012

**Bemerkungen:** --

[Verlauf dieses Geschäfts](#)

---

Die BDP BL beobachtet mit Sorge, dass das duale Bildungssystem der Schweiz nach und nach ausgehöhlt wird. Die BDP BL will erreichen, dass dieses Erfolgsmodell in unserem Kanton beibehalten und weiter gefördert wird. Der politische Rückhalt unserer akademischen Ausbildungsstätten muss gestärkt werden, denn die internationale Achtung unseres Systems ist hoch. Bereits jetzt wenden sich europäische Staaten vom angelsächsischen System ab und prüfen die Einführung des Schweizerischen, dualen Bildungssystems.

Eine Senkung der Studiengebühren an Fachhochschulen und Universitäten halten wir grundlegend für falsch. Die Senkung oder gar Abschaffung der Semestergebühren führt zu einer Akademisierung der Gesellschaft. Durch moderate Studiengebühren wird erreicht, dass nur diejenigen studieren gehen, welche auch dazu fähig und bereit sind. Denn bereits heute fehlen der Schweiz gute Techniker und Berufsfachleute.

Die Studiengebühren einer Universität spiegeln indirekt auch den Anspruch und die Qualität einer Universität oder Fachhochschule wider. Wir sind überzeugt, dass eine Erhöhung der Semestergebühren an der Universität und den Fachhochschulen auf mindestens den nationalen Durchschnitt die Glaubwürdigkeit unserer akademischen Bildungsstätten erhält, wenn nicht sogar fördert. Es ist die Innovation, die eine Universität attraktiv macht, und nicht, wie oft fälschlicherweise angenommen, geringe bis keine Studiengebühren.

Beispiel:

Fachhochschule: CHF 800.- / Semester für Schweizer und EU Bürger (w/m)  
CHF 6'000.- / Semester für Nicht EU-Bürger (w/m)

Universität: CHF 800.- / Semester für Schweizer und EU Bürger (w/m)  
CHF 2'000.- / Semester für Nicht EU-Bürger (w/m)

Die Chancengleichheit bleibt dabei ebenfalls erhalten. Sehr gute bis gute Studierende, welche sich ein Studium nicht leisten können, werden durch eine Zusammenarbeit mit der Wirtschaft und den daraus resultierenden Stipendien nach wie vor in der Lage sein, ein Studium zu absolvieren. Zukünftige Chemiker (Chemie- und Pharmaindustrie), Ingenieurinnen (Maschinenbauindustrie), Pädagogen und Sozialwissenschaftlerinnen (Kanton und Staat) setzen sich so schon früh mit einem zukünftigen Arbeitgeber auseinander und sichern so nachhaltig ihre berufliche Zukunft. Die BDP erachtet eine frühe Zusammenarbeit zwischen zukünftigen akademischen Mitarbeitenden und ihren zukünftigen Arbeitgebern als wichtig.

Moderate Studiengebühren verhindern gleichzeitig, dass Studierende nicht ohne finanzielle Einbussen ein ewiges Studentendasein fristen und anschliessend aufgrund ihres fortgeschrittenen Alters und keiner Berufserfahrung ohne berufliche Perspektiven in die Sozialsysteme gleiten. Höhere Studiengebühren tragen dazu bei, dass ein Studium so rasch wie möglich gut abgeschlossen wird und die Absolventen der Wirtschaft rasch zur Verfügung stehen.

Weniger gute Studierende, die keine Stipendien erhalten, aber auf diese angewiesen wären, können nach der Absolvierung einer Berufslehre über die Berufsmaturität dank guten Leistungen ebenfalls den Weg eines Akademikers einschlagen. Dies mit dem Vorteil, dass sie bereits Geld verdienen und erste Berufserfahrung sammeln konnten. Erfahrungen haben gezeigt, dass gute Berufsleute mit diesem Bildungsweg anschliessend in der Wirtschaft dank dem interdisziplinären Fachwissen zu den Besten gehören können.

Die BDP lädt den Regierungsrat dazu ein

- Das duale erfolgreiche Bildungssystem auch im Kanton Basel-Landschaft zu unterstützen
- Die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Universität Basel sowie der Fachhochschule Nordwestschweiz zu fördern
- Die Semestergebühren an der Universität Basel und der Fachhochschule Nordwestschweiz auf mindestens den Schweizerischen Durchschnitt zu erhöhen